

Verbot der PKK (Partiya Karkerên Kurdistanê)

YXK

Oktober 2016

Die Kampagne endet am 26.11. mit bundesweiten Demonstrationen. So können wir unsere Energien bündeln und uns gemeinsam auf weitere Kampagnen und Projekte konzentrieren.

Wir rufen alle LeserInnen dazu auf sich bei den Azadi Rechtshilfefonds für Kurdinnen und Kurden in Deutschland anzumelden. Zur Unterstützung unserer politischen Gefangenen und zum Schutz vor eigener Repression.

Inhaltsverzeichnis

1	Phasen des Verbotes der PKK	2
1.1	Phase 1900 - 1990	2
1.2	Phase kurz vor 1993	3
1.3	Verbot	4
1.4	Phase nach Verbot	5
1.4.1	wirtschaftliche Einordnung	6
2	rechtliche Einordnung	9
2.1	Repression: §129a, §129b	10
2.1.1	aktuelle Situation unserer Gefangenen	11
2.2	Anerkennung aus rechtlicher Perspektive	12
3	Auswirkungen	13
4	Forderungen	14
5	Analyse	16
6	Quellen	21

Der folgende Text soll einen kurzen historischen Rückblick geben zu dem Verbot der PKK und dieses in der heutigen Situation einordnen. Die Analyse soll uns in der Diskussion und Auseinandersetzung mit Anderen bestärken. Kritik und Verbesserungsvorschläge an: goettingen@yxkonline.de

1 Phasen des Verbotes der PKK

Historisch bestehen seit langer Zeit politische, wirtschaftliche und militärische Beziehungen zwischen der BRD und der Türkei. In Deutschland leben heute schätzungsweise über 800.000 KurdInnen und daneben existiert eine starke türkische Lobby. So ist kein anderer europäischer Staat so zentral in die „Kurdische Frage“ verwickelt wie Deutschland.

1.1 Phase 1900 - 1990

Mit die erste Zusammenarbeit zwischen der Türkei und Deutschland fand im Jahr 1882 statt. In der Suche nach neuen Märkten, Zugang zu Rohstoffen und Anlagemöglichkeiten ist die Reorganisation der türkischen Armee durch die Hilfe Deutschlands zu sehen. 1902 begann der Bau der Bagdad Bahn, die von Konya bis zum Persischen Golf reichen sollte. Das Bauprojekt wurde 1915 von armenischen Zwangsarbeitern unterstützt¹. Bereits da lag der Fokus auf eine starke Türkei, die Sicherheiten bietet.

Einzig und allein eine politische und militärische starke Türkei ermöglicht es uns (..) die großen Aussichten, welche sich in den Ländern am Euphrat und Tigris bieten für die Vergrößerung unseres Nationalvermögens (..) [zu nutzen].

- Bagdadbahn, Rohrbach

Die militärische Unterstützung wurde in den zwei Weltkriegen fortgeführt, so wurde der Genozid an den Armeniern von deutscher Seite 1915 bewusst verschwiegen:

Unsere freundschaftlichen Beziehungen zur Türkei dürfen durch diese innertürkische Verwaltungsangelegenheit nicht nur nicht gefährdet, sondern im gegenwärtigen, schwierigen Augenblick nicht

¹Brauns 2010 *PKK - Perspektiven des kurdischen Freiheitskampfes: Zwischen Selbstbestimmung, EU und Islam*, Quelle bezieht sich ebenso gesamtes Kapitel Phasen des Verbotes der PKK

einmal geprüft werden. Deshalb ist es einstweilig Pflicht zu schweigen. Später, wenn direkte Angriffe des Auslandes wegen deutscher Mitschuld erfolgen sollten, muss man die Sache mit größter Vorsicht und Zurückhaltung behandeln und später vorgeben, dass die Türken schwer von den Armeniern gereizt wurden.

- jungeWelt Ausgabe 23.01.16², *deutsche Militärzensur*

1952 trat die Türkei der NATO bei. Ziel der USA war es den Einfluss im Mittleren Osten zu verstärken, um eigene Interessen zu sichern. So lebte auch später nach den verlorenen Weltkriegen die deutsch-türkische Beziehung wieder auf. Bis 1991 wurden teilweise unentgeltlich Rüstungsgüter im Wert von 6,3 Milliarden Mark an die Türkei geliefert. Der Militärputsch am 12. September 1980 wurde durch das NATO Manöver „Anvil Express“ am 19. September mitgetragen. Die an die Macht gelangte kemalistische Regierung unter General Kenan Evren war traditionell westlich ausgerichtet und lag im Interesse der westlichen Sicherheits- und Außenpolitik³.

Die Verfolgung von Minderheiten wurde dem türkischen Staat erleichtert, so wurden ab 1986 durch Deutschland die türkischen Sondereinheiten (Özel-Teams) ausgebildet. Weitgehend bekannt ist die Schenkung der ehemaligen DDR-Waffenbestände Anfang der 90. Jahre, wobei insbesondere die Achtrad-Schützenpanzer (Typ BTR-60) neben 250.000 Kalaschnikows ein ideales Tötungsinstrument in den kurdischen gebirgigen Gebieten innerhalb des Schmutzigen Krieges darstellten.

1.2 Phase kurz vor 1993

Durch Vorwürfe und Repressionen wurde im Vorfeld des Verbotes versucht der PKK die Legitimation zu entziehen. Diese wurden taktisch als Counter-Insurgency-Kampagnen (Aufstandsbekämpfungskampagnen) durch die NATO-Geheimdiensten gesteuert. So wurde versucht der PKK die Verantwortung an der Ermordung Olof Palme (schwedischer Ministerpräsident) 1986 zu geben. Im gleichem Jahr wurde ein Anschlag auf das türkisches Generalkonsulat in Hamburg durch das MIT (türkischer Geheimdienst) inszeniert. Für die Öffentlichkeit wurde medial behauptet, das die PKK alle Parteiabweichler und konkurrierende interne Politiker bestrafe und liquidiere.

Gleichsam mit dem §129a begann die ersten Ermittlungsverfahren 1987 gegen die PKK. In den späteren sogenannten „Düsseldorfer-Prozessen“ 1989, wurden die Angeklagten in einem Plexiglaskäfig („Kurden-Käfig“) präsentiert.

²<http://www.jungewelt.de/2016/01-23/037.php>

³Szatkowski 2016 *Die Bundesrepublik Deutschland und die Türkei 1978 bis 1983*

Das politische Ziel die Kurdische Arbeiterpartei PKK zum „Hauptfeind der inneren Sicherheit“ zu erklären wurde so plastisch dargestellt. 1994 endete das Hauptverfahren und nur zwei der 20 Angeklagten wurden aufgrund der Aussagen eines Kronzeugen (durch Verrat von Ali Cetiner - ehemaliger Europaverantwortliche) zu langen Haftstrafen verurteilt.

1.3 Verbot

Im Herbst 1993 überfiel die türkische Armee die Stadt Lice, mehr als 600 Häuser wurde zerstört und mindestens 30 Menschen getötet. Es folgten europaweit zahlreiche Demonstrationen und Protestaktionen gegen die Türkei. Der PKK konnte keine Urheberschaft an diesen nachgewiesen werden, trotzdem verkündete am 26. November 1993 der damalige Bundesinnenminister Manfred Kanther das Verbot der PKK. In der Verbotsbegründung wird die PKK als ein Störfaktor in den türkisch-deutschen Beziehungen gebrandmarkt:

[die Türkei] (...) den Vorwurf erhoben hat, die Bundesregierung dulde PKK-Aktivitäten auf deutschen Boden und kontrolliere sie nicht oder nur mangelhaft. Die Türkei trägt im Einzelnen vor, die Propagandatätigkeit in einer für den Bestand des türkischen Staates lebenswichtigen Frage zu dulden und damit zur Destabilisierung in der Südostregion indirekt beizutragen

- Verbotsbegründung⁴, Bundesinnenminister

Das Verbot betraf weiter die Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK), die Nachrichtenagentur Kurd-Ha, 29 örtliche Vereine und der Berxwedan-Verlag wurde aufgelöst.

Das Zitat zeigt, dass die Beweggründe die bilateralen Beziehungen zu der Türkei waren, und die damit verbundenen außenpolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland und der NATO. So sollen keine Kräfte (in der Türkei und der BRD) entstehen, die die Bindungen an Europa und die westliche Welt lockern wollen.

Ein noch heute häufig verwendetes Argument ist, dass die PKK sich gegen den „Gedanken der Volksverständigung“ richte. Sie gefährde in Deutschland die innere Sicherheit und öffentliche Ordnung, indem das friedliche Zusammenleben zwischen Kurden und Türken gestört wird.

Unerwähnt in der Verbotsbegründung war der Staatsterrorismus der Türkei,

⁴AG Friedensforschung 2015 *Die Würde der Kurdinnen und Kurden in der BRD von Devris Cimen*

wie die Zerstörung von Dörfern, Folter und Morde von Intellektuellen und kurdischen PolitikerInnen.

Im Mai 2002 wurde die PKK auf die EU-Terrorliste gesetzt. Dies erfolgte nach den Anschlägen des 11. Septembers. So waren EU-Staaten verpflichtet nun Gelder der PKK einzufrieren und jegliche wirtschaftliche Aktivitäten dieser zu verfolgen. Vor allem ist aber die politische Ächtung der Befreiungsbewegung zu sehen.

1.4 Phase nach Verbot

Die kurdischer Identität wurde verneint und geleugnet. Dies führte zu Verzweiflung, Unverständnis und Zorn. In Mannheim wurde Anfang 1994 eine Autobahn blockiert⁵, es kam zu Brandanschlägen und Selbstverbrennungen. Dafür hat sich Cemil Bayik vor einem Jahr bei der BRD entschuldigt⁶. In dem gleichen Jahr 1994 haben sich am 21. März Berivan und Ronahi aus Protest gegen die Kriminalisierung in Mannheim selbst verbrannt. Am 1. Juli wurde Halim Dener beim Plakatekleben von einem Zivilpolizisten erschossen⁷. 1995 kam es zu direkten Gesprächen zwischen Abdullah Öcalan und Vertretern der Bundesregierung. Später wurde ein öffentlicher Gewaltverzicht in Deutschland von kurdischer Seite erklärt, was zu einer gewissen Entspannung der polizeilichen Repressionen führte. So wurde Ende 1997 die PKK nur noch als kriminelle und nicht als terroristische Vereinigung verfolgt. Mit der Verschleppung von Abdullah Öcalan (15. Februar 1999) kam es zu Protesten in über fünfzig deutschen Städten mit Besetzungen von Parteibüros und Botschaften, der an der Entführung beteiligter Staaten. Tausende KurdInnen wurden festgenommen und durch Schnellgerichte verurteilt, es kam zu Abschiebungen. Trotz des verkündeten Gewaltverzichtes und die Beendigung des bewaffneten Kampfes in der Türkei durch die PKK ging die Verfolgung politisch aktiver KurdInnen kaum zurück. 2001 unterschrieben 40.000 in Deutschland lebende KurdInnen im Rahmen der Identitäts-Kampagne die Erklärung „Auch ich bin PKKler“. Es folgte eine erneute Prozesswelle, in der der Aufenthaltsstatus von Beteiligten an der Kampagne auf Duldung zurückgestuft wurde. So wurde die vorherige zugesagte Einbürgerung verweigert. Die Türkei hat der Bundesregierung 2005 umfassende Informationen zu angeblichen PKK-Aktivitäten in Deutschland zugespielt. Daraufhin wurde kurz vor der Bundestagswahl die Tageszeitung Özgür Politika verboten. So wurde

⁵Autobahnblockade:<https://www.youtube.com/watch?v=R9Quj1gQ0zo>

⁶siehe:https://presse.wdr.de/plounge/wdr/programm/2015/04/20150409_rechercheverbund.html

⁷Civaka Azad 2015 *Die aktuelle Debatte um das PKK-Verbot* (8. Ausgabe)

versucht die Stimmen von türkisch-stämmigen Wählern zu bekommen, die ihr Wahlverhalten häufig von der türkischen Regierung abhängig machen. Zum Beispiel besuchte Gerhard Schröder (damaliger Bundeskanzler) die Deutschlandvertretung türkischer Medienkonzerne.

Mit der Einigung der Bush-Regierung und Erdogan auf eine gemeinsame Strategie zur Bekämpfung der PKK (November 2007) deutete sich eine Verschärfung der Repressionen auch in Deutschland an. Die USA stellte dem türkischen Staat nun Luftaufklärung und Informationen über zivile Infrastruktur in Europa der PKK zu Verfügung. Dies zeigte sich 2008 im Verbot von Roj TV unter dem Vorwurf der Terrorfinanzierung und Unterstützung der PKK. Diese Verbote brauchen auch keinen konkreten Nachweis einer tatsächlichen Gefährdung, „so seien Vereinsverbote Instrumente einer präventiven Sicherheitspolitik, auf dem Eintritt eines konkreten Schadensereignisses komme es nicht an“. Das Verbot des Senders wurde 2010 mangels an Beweisen wieder aufgehoben.

1.4.1 wirtschaftliche Einordnung

Das kapitalistische Prinzip des „wachse oder stirb“ steht im radikalen Widerspruch zu der alternativen Gesellschaftsform des demokratischen Konföderalismus. Trotzdem sind Wirtschaftsdaten (das Blut des Kapitalismus) und damit verbundene Machtpolitik notwendig, um die deutsch-türkischen Beziehungen zu verstehen:

Heute sind die Interessen an die Türkei unverändert wie zu Beginn des 20. Jahrhunderts durch potenzielle Märkte und Rohstoffe im Nahen und Mittleren Osten bestimmt. Als Land mit wichtiger geopolitischer Lage kann die Türkei als Brückenfunktion stabilisierend wirken, um zukünftige westliche Interessen zu vertreten.

(..) die Brückenfunktion der Türkei in der Region hin zu Asien, hin zum Balkan [ist] natürlich von außerordentlicher Bedeutung.

- Januar 1994, *Klaus Kinkel (deutscher Außenminister)*

Heute hat die Türkei eine junge, konsumfreudige Bevölkerung und liegt strategisch günstig als Produktionsstandort für Exporte nach Nahost, Asien und Afrika.

Nur um ein paar Zahlen zu nennen: Deutschland ist der wichtigste Handelspartner der Türkei. Das bilaterale Handelsvolumen stieg 2015 auf 36,8 Mrd. Euro, die Zahl deutscher Unternehmen bzw. türkischer Unternehmen

mit deutscher Kapitalbeteiligung in der Türkei ist auf über 6.500 gestiegen (Mitte der 1990er Jahre waren es noch 500). Die Anzahl deutscher Touristen in der Türkei stieg auf 5,5 Mio. So macht die Bundesrepublik 15 Prozent aller Touristen in der Türkei aus. In Deutschland selbst beschäftigen rund 96.000 türkischstämmige Unternehmer etwa 500.000 Mitarbeiter und erwirtschaften einen Jahresumsatz von ca. 50 Mrd. Euro⁸.

Aktuell ist die Türkei wirtschaftlich unter Druck: Nach dem Putschversuch wurde durch die Ratingagentur Standard & Poor's die Türkei auf Ramsch-Niveau gestuft. Erdogan erklärte, „das er nie etwas tun würde was den internationalen Investoren schadet und er dies persönlich verhindern würde“. Denn die Türkei muss ihr Leistungsbilanz-Defizit (Ausgaben und Einnahmen einer Volkswirtschaft) durch den Zufluss von ausländischem Kapital finanzieren. Durch eine stark gestiegene Privatverschuldung, ermöglicht durch eine expansive Geldpolitik und deutliche Zinssenkungen, rechnen die Finanzmärkte mit starken Schwankungen der Währung. So ist die Türkei ein fruchtbares Terrain für risikofreudige Spekulanten geworden.

Der Tourismus ist zu dem Vorjahr um 40% eingebrochen. Durch den Abschuss eines russischen Kampffluggesetzes und die politischen Verwerfungen erlitt die Türkei durch Ausfall türkischer Exporte nach Russland und Fernbleiben russischer Touristen einen Verlust von 11,5 Mrd. US-Dollar.

Die Aufnahme von circa 2,5 Millionen syrischen Flüchtlingen ermöglicht aufgrund ihrer Erpressbarkeit eine Überausbeutung, so ist oft eine 72-Stunden-Woche für 800 Lira normal. Im Gegensatz dazu hat Erdogan kurz vor den Parlamentswahlen im November den Mindestlohn um 30% auf 1.300 Türkische Lira im Monat angehoben. Diese erhebliche Reallohnsteigerung, bildete einen wesentlichen Baustein seines Wahlsieges⁹.

Trotz allem wird in der Türkei mit einem Wirtschaftswachstum von circa 3% für das Jahr 2016 gerechnet.

Deutschland und die Türkei verbinden außerordentlich vielfältige und intensive Beziehungen, die Jahrhunderte zurückreichen.

- Kapitel „Der menschliche Faktor“, *Auswärtiges Amt*

Die Ausführungen zeigen, dass auch heute noch eine Waffenbrüderschaft zwischen Deutschland und der Türkei besteht. So werden Waffen geliefert, um deutsches Kapital zu schützen und Märkte zu erschließen (siehe Zitat zu

⁸siehe:http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Tuerkei/Bilateral_node.html

⁹siehe:<https://www.jungewelt.de/2016/07-18/039.php>

Bagdadbahn). Dies wird sich vermutlich zukünftig ausbauen: Die jüngsten Nachrichten, wie der Ausbau von Incirlik durch das deutsche Verteidigungsministerium, ein geplanter Panzerdeal von Rheinmetall mit Türkei oder jüngste Repression gegen kurdische AktivistInnen lassen dies vermuten. Die Erhöhung des Verteidigungsetats der Bundeswehr um 2,3 Mrd.¹⁰ steht ganz in der Linie der neuen EU-Globalstrategie. Dieses proklamiert im ersten Schritt düstere Zukunftsaussichten und Angstmache:

Wir erleben gegenwärtig eine existentielle Krise, innerhalb und außerhalb der Europäischen Union. Unsere Union ist bedroht. Unser europäisches Projekt, das uns in beispielloser Weise Frieden, Wohlstand und Demokratie gebracht hat, ist in Frage gestellt. (...) Im Osten wird gegen die europäische Sicherheitsordnung verstoßen, und Terrorismus und Gewalt suchen Nordafrika und den Nahen Osten und auch Europa selbst heim.

- EU-Globalstrategie, *Papier von Federica Mogherini*
(EU-Außenbeauftragten)

Im zweiten Schritt verkündet es die Lösung: Bildung eines offenen, internationalen Wirtschaftssystem, die EU stärken zur Stabilisierung des Nachbarschaftsraums der EU und zukünftig die Kapazitäten haben autonom von der USA Krieg zu führen¹¹.

Wir müssen in unseren Analysen die Politik in einen größeren Kontext fassen. Positiv ist möglicherweise, dass die Türkei innenpolitisch, außenpolitisch und wirtschaftlich angespannt ist, was Potentiale für Veränderung bieten kann.

konkrete
Handlungsideen
stehen nun hier
am Rand

Vorträge zum
Thema
PKK-Verbot,
Kriminalisierung
von (jungen)
KurdInnen halten

¹⁰siehe siehe jW von 08.08., 07.09., 08.09., 09.09.2016

¹¹siehe ausführlicher: <https://europa.eu/globalstrategy/en/global-strategy-foreign-and-security-policy-european-union> und <https://www.jungewelt.de/2016/07-06/060.php?sstr=Mogherini>

2 rechtliche Einordnung

Die Formen der Repression des deutschen Staates sind vielfältig:

So erhalten kurdische Vereine zum Beispiel keine finanzielle Unterstützung oder diese werden überwacht. Politische Versammlungen oder Demonstrationen werden für spätere Ermittlungsverfahren aufgezeichnet oder auch einfach verboten.

Gegen den Einzelnen sind die Methoden vielfältiger. Persönliche, finanzielle Schwierigkeiten oder auch Aufenthaltsprobleme einzelner werden versucht auszunutzen. Indem der Status auf geduldet zurückgesetzt und mit der Abschiebung gedroht wird, werden zusätzlich massive Ängste aufgebaut. Dies versucht der Verfassungsschutz auszunutzen. Gezielt werden kurdische Jugendliche, die sich in schwierigen Situationen befinden, angesprochen, um kurdische Strukturen auszuspionieren. Insgesamt beobachtet der Verfassungsschutz all jene mit kurdischen Hintergrund, die sich politisch engagieren.

Auch hier arbeiten deutsche und türkische Justizbehörden zusammen. Die türkische Justiz stellt Auslieferungersuche, die oft nicht europäischen Rechtsstandards genügen, aber durch die staatliche Verfolgung in Deutschland wird Verunsicherung erzeugt und der Öffentlichkeit demonstriert wie weit die türkischen Verfolgungsbehörden in den deutschen Staat reichen.

Die Tagesschau geht von 500 hauptamtlichen Agenten und 6000 Informanten des türkische Geheimdienstes in Deutschland aus. Dazu existiert eine starke zentral gesteuerte türkische Lobby¹². Nichtsdestotrotz plant der Innenminister einen stärkeren Austausch von Geheimdienstinformationen mit der Türkei:

Und deswegen kann man nicht wegen der Kritik an der menschenrechtlichen Situation auf die Zusammenarbeit verzichten. Im Gegenteil, durch Zusammenarbeit entsteht auch Nähe für das, was wir für richtig halten in Sachen Menschenrechte. Man könne nicht auf die Information über einen für Deutschland gefährlichen Menschen verzichten, nur weil sie aus einem Staat komme, in dem die Pressefreiheit nicht in vollem Umfang gewährleistet sei.

- Engere Geheimdienstkooperation¹³, Thomas de Maizière
(Bundesinnenminister)

¹²siehe:<https://www.tagesschau.de/inland/tuerkische-agenten-deutschland-101.html>

¹³siehe:<https://www.jungewelt.de/2016/07-04/050.php>

Mitglied bei Azadi
Rechtshilfefond
werden

2.1 Repression: §129a, §129b

§129, §129a und §129b StGB sind ein sogenannte Organisation-Straftatbestände, hier muss dem Angeklagten keine konkrete Straftat nachgewiesen werden. Es geht ausschließlich nur um die Frage, ob Angeklagte durch ihr Handeln als Mitglieder oder Unterstützer der PKK angesehen werden. Als „Beweise“ hierfür werden massenhaft abgehörte Telefonate, ausgelesene SMS und Mails bzw. Observationen herangezogen. Die Organisation von Demonstrationen, Wahlkampfveranstaltungen, das Sammeln von Spenden oder die Durchführung von Bildungsveranstaltungen werden als „terroristische“ Aktivitäten kriminalisiert.

Die Gerichte befinden sich oftmals im scheinbaren Widerspruch, so wird den Angeklagten einerseits zugestanden, dass sie sich individuell gegen Unrecht und gravierende Menschenrechtsverletzungen gewehrt haben. So wird bestätigt das die Türkei immer wieder Kriegsverbrechen begeht und damit systematisch Menschenrechte verletzt. Andererseits wird den Betroffenen verboten sich politisch zu organisieren, also sich für den Frieden und die eigenen Überzeugungen einzusetzen. So werden in den Gerichten allein nach rechtsstaatlichen Kriterien entschieden ohne ein politisches Urteil zu fällen, so laufen die Verfahren häufig gleich ab¹⁴:

Seit Jahren laufen die Verfahren gegen kurdische Politiker wie stetig wiederholte Aufführungen des immer gleichen Theaterstücks mit den immer gleichen Regisseuren und dem allen bekannten Ausgang des Trauerspiels. Die Intendanten dieser Bühnen sind an einer Änderung ihres Spielplans nicht interessiert. Man hat sich eingerichtet in diesem Theater. Die Rollen bleiben fest verteilt, die Gehälter krisensicher und die staatliche Unterstützung ist auf lange Frist gesichert.

- Die immer gleiche Inszenierung¹⁵, AZADÎ 2006

1987 wurde erstmals nach §129a ein Ermittlungsverfahren gegen die PKK geführt. Das Gesetz erlaubt es terroristische Vereinigungen im Ausland zu verfolgen, wenn diese in der Bundesrepublik Katalogstrafen begehen, wie Mord, Einschüchterung, Entzug persönlicher Freiheit oder versucht wird die politischen, verfassungsrechtlichen, wirtschaftlichen oder sozialen Grundstrukturen eines Staates zu beseitigen. Das Gesetz ist auch wirksam, wenn die außenpolitischen Beziehungen Deutschlands geschädigt werden, wie wenn die

¹⁴siehe AZADÎ-Info 163

¹⁵siehe:<https://www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/erklaerungen/2006/10/02.htm>

Sicherheit eines nichtdeutschen Vertragsstaates beeinträchtigt wird. 2002 wurde der §129b StGB eingeführt, dieser erlaubt nur die vermutete Mitgliedschaft und Unterstützung in einer terroristischen Vereinigung im Ausland zu verfolgen. Erstmals wurde im Oktober 2010 nach diesem Paragraphen die PKK verfolgt. Besonders ist das einzig das Bundesjustizministerium eine Ermächtigung zur Strafverfolgung erteilen darf, die weder begründet werden muss noch juristisch überprüfbar ist¹⁶.

2.1.1 aktuelle Situation unserer Gefangenen

Seitdem im Juli 2015 der Friedensprozess mit der PKK von der Türkei aus aufgelöst wurde, nahm die Repression in Deutschland gegenüber kurdischen AktivistInnen zu. Die aktuelle Verfolgungswelle ist der Spiegel der aktuellen Situation in der Türkei. Im Vergleich zu den „Düsseldorfer-Prozessen“ versucht der deutsche Staat heute zunehmend eine Vereinzelungsstrategie, so stehen alle Angeklagten alleine vor Gericht und dürfen maximal zwei Verteidiger haben. Politische Gefangenen werden unter Isolationshaft gestellt mit dem Ziel den Willen der Revolutionäre zu brechen und eine gesamtgesellschaftliche politische Demoralisierung zu erreichen. Die Einzelzellen-/Isolationsgefängnisse („F-Typ-Gefängnisse“) haben ihr Vorbild in im Stuttgarter Gefängnis Stammheim, in welchem 1975 die Prozesse gegen RAF-MitgliederInnen stattfanden. Dieser Gefängnistyp wurden Anfang 1990 in der Türkei ausgebaut. So sollte sich die deutsche Linke geschichtlich der Wirkung und politische Zielsetzung von Isolationhaft bewusst sein.

besuchen /
schreiben wir
unseren
Gefangenen:
Öffentlichkeit
herstellen, diese
moralisch
unterstützen

Seit der Beendigung des Friedensprozesses wurden 12 AktivistInnen verhaftet. Anfang September wurden die kurdischen Aktivisten Mustafa Çelik (aktuell in U-Haft JVA Sehnde) und Kenan Ba?tu (U-Haft JVA Celle) zu jeweils zwei Jahren und 6 Monaten verurteilt, zuvor hatte ein Hamburger Gericht bereits Bedrettin Kavak (U-Haft JVA Hamburg) mit drei Jahren Haft bestraft.

- Aufruf mit den
Adressen der
gefangenen
FreundInnen
veröffentlichen
und Briefe
schicken
- Netzwerke für
politische
Gefangene
einbinden
- Kundgebungen
vor den
Gefängnissen

Aktuelle Informationen über unsere politischen Gefangenen¹⁷ findet sich auf:
<https://freiheit.blackblogs.org/>

Die anstehenden Prozesstermine stehen unter „Aktuelle Prozesstermine“ auf:
<https://www.nadir.org/nadir/initiativ/azadi/>

Informationen, sowie den Mitgliederantrag und Spendenkontoverbindung (Sei-

¹⁶siehe:<https://dejure.org/gesetze/StGB/129.html>

¹⁷aktuelle Informationen zu den Gefangenen der TKP/ML: <https://www.tkpm1-prozess-129b.de/de/>

te 11, 12): <https://www.nadir.org/nadir/initiativ/azadi/Bilder/gefdos.pdf>

!!!Beachtet die Regeln unter „Wie fange ich an zu schreiben?“ <http://www.rote-hilfe.de/aktiv-werden/gefangenen-schreiben>: Die Knäste haben jeweils eigene Regelungen, und wir sollten Maßnahmen treffen, damit unsere Briefe nicht einfach zensiert werden können!!!

2.2 Anerkennung aus rechtlicher Perspektive

Der Völkerrechtler Norman Paech hat 1994 bereits ein Gutachten zur völkerrechtlichen Einordnung des Krieges in Kurdistan geschrieben und kam zu folgendem Ergebnis:

Der türkisch-kurdische Krieg in Süd-Ost-Anatolien ist ein internationaler Konflikt(..). In ihm kämpft die PKK als legitime Vertreterin des kurdischen Volkes um die Gewährung des Selbstbestimmungsrechts und die Einhaltung der Menschenrechte. Abgesehen von völkerrechtswidrigen Angriffen auf Zivilpersonen und zivile Objekte ist ihr Kampf gegen das türkische Militär völkerrechtlich gerechtfertigt. Sie ist dementsprechend weder eine terroristische Vereinigung noch verstößt ihr Kampf gegen den Gedanken der Völkerverständigung.

- Die kurdische Frage und das Völkerrecht¹⁸, Norman Paech 1994

Die Verhinderung des friedlichen Zusammenlebens ist vor allem dem Abbruch des Waffenstillstand im Juli 2015¹⁹ und die Ablehnung aller weiteren Waffenstillstandsangebote seitens der türkischen Regierung geschuldet. Im Kern erkennt die türkische Regierung nicht das Selbstbestimmungsrecht der KurdInnen an. Eine zentrale Diskussion ist die Anerkennung von nicht-staatlichen KämpferInnen (PKK) in einem Bürgerkrieg als Kombattanten²⁰.

¹⁸siehe: norman-paech.de/app/download/5791899686/Kurdische+Frage+u+Völkerrecht.pdf

¹⁹Die Aufkündigung des Friedensprozesses war eine Antwort auf die Wahlergebnisse im Juni und dem zunehmenden Ausbau des demokratischen Autonomiesystems. Nicht vergessen werden darf, das in den Friedenszeiten von seitens des türkischen Militärs Kriegsvorbereitungen stattfanden: Ausbau Dorfschützersystem, Errichtung von Militärstationen, sowie militärischer Infrastruktur.

²⁰siehe S.4 in „Bürgerkrieg und Völkerrecht“: <http://norman-paech.de/>

3 Auswirkungen

Mit dem Verbot der PKK begann für die KurdInnen eine Phase der Stigmatisierung und Kriminalisierung. Diese ging mit gesellschaftlicher Isolierung, Ausgrenzung und Diskriminierung einher. Kurde zu sein, besonders nach dem 11. September, heißt heute noch oft mindestens als „Unruhe stiftend“ bis hin als „terroristisch“ gebrandmarkt zu werden. Die Auswirkungen des PKK-Verbot zeigen sich neben individuellen Leiden weiter auf politischer Ebene. Jeglicher Dialog wird verweigert und Repressionen werden eingesetzt. Das gesellschaftspsychologische Klima der Angst wird stark durch einzelne Medien geschaffen: So wird im Internet für Informationen Spiegel am häufigsten aufgerufen und das mit Abstand meistverkaufte Printmedium ist Bild. Facebook nimmt zunehmend die Rolle eines weiteren Nachrichtenmediums ein, aber kurdische Inhalte werden seit mindestens Mitte letzten Jahres weitreichend zensiert. Gründe sind dafür vermutlich intransparente interne Handlungsanweisungen von der türkischen Regierung.

Insgesamt wird die PKK massiv stigmatisiert, so wird dieser vorgeworfen Schleuser- und Passfälschertätigkeiten auszuüben, im Drogenhandel verwickelt zu sein oder weiter zu einem bewaffneten Kampf auch in Europa aufzurufen. Das Einfrieren von Geldern und die Verfolgung jeglicher wirtschaftliche Aktivitäten der PKK in ganz Europa seit 2002 ist erschreckend. Vor allem ist aber allgemein die politische Ächtung einer Befreiungsbewegung zu verurteilen.

Sich aktiv in kurdischen Vereinen zu engagieren, Veranstaltungen oder Demonstrationen zu organisieren oder diese nur zu besuchen wird als politisch strafbare Aktivität eingestuft. So werden KurdInnen als „Gefährder“ der inneren Sicherheit und Ordnung gebrandmarkt. Ebenso schädigen sie die äußere Ordnung, dass sie sich gegen Volksverständigung allgemein richten würden, und insbesondere die Beziehungen zwischen Deutschland und Türkei gefährden. Wenn Menschen ihrer Würde und politischen Identität beraubt sind, werden sich zu Nichtpersonen mutieren.

4 Forderungen

Wir fordern innenpolitisch, das in Deutschland die Verbots- und Einschüchterungspolitik sofort beendet wird und das PKK Verbot aufgehoben wird. Wir fordern die Freiheit Abdullah Öcalans und aller politischer Gefangenen. International muss die PKK von der EU-Terrorliste genommen werden. Außenpolitisch muss die Bundesregierung Druck auf das Erdogan Regime ausüben, die Waffenlieferungen einstellen und Wiederaufbauhilfe in Rojava leisten. Dafür ist die Anerkennung der Selbstverwaltung der KurdInnen zwingend notwendig.

Die Ziele und Praxis der PKK sind durch Vorurteile heute verschleiert für die Öffentlichkeit. In Kurdistan findet der Ausbau einer demokratischen, geschlechterbefreiten und ökologischen Gesellschaft statt. So ist unser Ziel in Deutschland ein öffentliches Bewusstsein für das Projekt in Rojava zu schaffen. Wir werden gegen die unkritisch Definitionshoheit der Massenmedien und des Verfassungsschutzes anstehen. Diese wiederholen ohne Rücksicht auf die Entwicklung der kurdischen Bewegung immer wieder die gleichen Inhalte, und instrumentalisieren - gleich der Politik - opportunistisch die kurdische Bewegung. Die Stigmatisierungen wie gewalttätig, kriminell und terroristisch werden wir durchbrechen und durch ein aufgeklärtes Bild ersetzen. Diesem entgegenzustehen heißt auch der Angst und Zurückhaltung für politische Verantwortung entgegenzustehen. Wir wollen unsere politische Arbeit, Demonstrationen und Veranstaltungen ausbauen. Wir werden den Kontakt zu unseren politischen Gefangenen verstärken.

Ein Volk, welches nach Freiheit strebt lässt sich nicht kriminalisieren.

Postkarten-Aktion
(wie „PKK na
klar“) machen

Die Forderung an die deutsche Politik sind vielfältig, so werden neben unseren genannten Forderung als Teil der Civanan Azad, nun weitere Quellen mit Forderungen und Diskussionen aufgeführt:

Kampagne PKK? Na klar!:

<https://pkk-verbot-aufheben.blackblogs.org/>

Handlungsempfehlungen an die deutsche Politik der Civaka Azad (letzter Text):

http://civaka-azad.org/wp-content/uploads/2015/02/Infoblaetter_PKK-Verbot.pdf

Am 26. Februar 2015 fand unter Tagesordnungspunkt 12 eine Debatte zur

Aufhebung des Betätigungsverbots für die Arbeiterpartei Kurdistans PKK und Streichung der PKK von der EU-Terrorliste statt:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/18/18088.pdf>

In der Konferenz im September 2009 „Kurdinnen und Kurden in Hessen - Geschichte, Gegenwart und Perspektiven der Gleichstellung“ wurde ein Forderungskatalog aufgestellt:

http://www.linksfraktion-hessen.de/cms/attachments/article/2053/KurdInnen_Final.pdf

Hier wird verschiedenstes vorgeschlagen, wie zum Beispiel eine Sondersitzung im Bundestag anregen, Dialog als primäres Mittel direkt zur PKK Führung wählen, Abstand von der Stigmatisierung in den Medien nehmen, die vom kurdischen Volk selbstbestimmten legitimen VertreterInnen anerkennen und die Selbstverwaltungen mit konkreten Handlungen unterstützen,...

5 Analyse

Wir haben hier in Deutschland direkt die Möglichkeit auf die Politik der Kriminalisierung der PKK durch die Bundesregierung zu reagieren. So sollten wir uns mehr und mehr - neben der Vertiefung unseres Wissens - auf konkrete Handlungsmöglichkeiten hier in Europa konzentrieren.

Es wird ganz deutlich, dass die antikurdische Politik der Bundesregierung ein Resultat der bilateralen Beziehungen zur Türkei ist und führend darin, den Verfolgungswünschen der Türkei in Bezug auf die KurdInnen nachzukommen. Diese bilaterale Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Türkei existiert mindestens seit 100 Jahren und wird sich zukünftig wohl ausbauen. Die Grundinteressen sind gleich geblieben: Macht und Geld. So erlaubt die geopolitische Lage der Türkei als Brücke hin zu Asien und Balkan mögliche Märkte zu erschließen und Gewinn zu generieren. Im Fokus dessen wurde der neoliberale Ausbau, verbunden mit einer zunehmenden Privatisierung, in der Türkei selbst durch die AKP positiv begrüßt. Hohe Privatverschuldungen, ein Investoren freundliches Klima und eine eiserne Hand versprechen Gewinne. Nicht vergessen werden darf die starke türkische Lobby und Unternehmer in Deutschland selbst. Diese werden durch die Volksparteien angesprochen, um Wahlstimmen zu bekommen²¹. Gleichzeitig wird durch die Kriminalisierung der KurdInnen bewusst die wirtschaftliche Integration dieser in Deutschland behindert.

Diese Konzentration auf Macht und Geld soll verschleiert werden. Demokratische Werte, Menschenrechte, Prinzipien wie Chancengleichheit und Würde des Einzelnen verdecken die subtilen Mechanismen des Systems. Indem die absoluten Ungerechtigkeiten weich gewaschen werden, eingekleidet in ein schwer zu durchschauendes Geflecht, sind diese vielen nicht bewusst. Ein bereits genanntes Beispiel sind die Gerichtsurteile, welche rein an rechtsstaatlichen Kriterien entschieden werden. Dies verschafft den Urteilen und somit dem System scheinbare Objektivität und Legitimation. Weitgehend nicht berücksichtigt werden auch zukünftig vermutlich persönliche Motive oder der Staatsterrorismus der Türkei. Die Benennung von Menschenrechtsverletzungen eines Staates erfolgen klar einem machtpolitischen Kalkül. So wurden Saddam Hussein, al-Gaddafi oder dem Assad-Regime schwerwiegende Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgeworfen, um eine militärische Intervention zu rechtfertigen. Bei Verbündeten wie Saudi Arabien oder die Türkei werden diese Verbrechen stillschweigend hingenommen.

²¹Zum Beispiel besuchte der Integrationsbeauftragten der CSU vor kurzem in München die grauen Wölfe. siehe <https://www.jungewelt.de/2016/09-21/066.php>

Es findet ein Krieg um das Bewusstsein der Gesellschaft statt. Allgemein müssen wir uns bewusst machen, das die Zuschreibungen von bestimmten Eigenschaften auf ganze Bevölkerungsgruppen als Mittel der Macht dient. KurdInnen werden bewusst Eigenschaften wie „terroristisch“ oder „separatistisch“ zugeschrieben. Diese sollen über die TrägerInnen etwas moralisch verwerfliches oder gefährliches ausdrücken. Die besondere Perspektive der kurdischen Gesellschaft soll durch die herrschenden Werte der Bourgeoisie unsichtbar gemacht werden. So wird die eigene Gruppe unsichtbar gemacht und zugleich stereotypisiert - als Andere / Fremde gekennzeichnet. Die Erfahrungen und die Kultur der herrschenden Gruppe - also in Deutschland das christliche Abendland - werden universalisiert und zur Leitnorm erhoben. Die fremde Gruppe bekommt andere Wesenszüge zugeschrieben, welches von außen definiert werden. Es gilt diese herrschaftliche, erniedrigende Sichtweise nicht anzunehmen, und diese nicht - auch nur im Ansatz - durch die täglichen Widersprüche zur eigenen Sichtweise werden zu lassen. Das kapitalistische System wünscht sich eine isolierte kurdische Jugend, die sie nach Belieben mit Repression überziehen kann. Dazu soll ein Gefühl der Machtlosigkeit gefördert werden: Die Machtlosen üben nie selbst Macht (gesellschaftliche Veränderung) aus, diese müssen stets Anordnungen befolgen, haben wenig Möglichkeiten ihre Fähigkeiten zu entwickeln und auszuüben und sollen keine Sachkenntnis besitzen²².

unsere Aktionen
über soziale
Netzwerke und
lokale Medien
verbreiten

Als ein historisches Beispiel für den Krieg um das Bewusstsein dient das Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) 1956. Das Verbot hatte eine innenpolitische Zielrichtung: Die Zerschlagung der Organisationsstruktur, die Verfolgung von Kommunisten und den Antikommunismus als Staatsideologie zu verankern. In dem Klima konnten Ziele wie der Wiederbewaffnung durchgesetzt werden. Ebenso hat das PKK Verbot eine klare innenpolitische Zielrichtung: Es dient als Abschreckungsmaßnahme gegen alle ImmigrantInnen, da diese als potentielle „Gefährder“²³ gebrandmarkt werden. Dies dient als Ausgangspunkt für weitere Rechtsverschärfungen, wie in dem Asylrecht (leichtere Abschiebungen) und die Spaltung von solidarischen linken Bündnissen. Als finales Ziel soll staatsideologisch und gesellschaftlich die Formel „Befreiungskampf = Terrorismus“ in den Köpfen der Menschen festgesetzt werden. So wären die Tore für die Ausbeutung weit geöffnet, wenn

²²siehe dazu ausführlicher: Ronahî-Beitrag (Nummer 44) „Stigmatisierung als Mittel der Macht zur Aufrechterhaltung des PKK Verbots“, sowie „Fünf Formen der Unterdrückung“ von Iris Marion Young

²³Gefährder sind Personen, bei denen bestimmte Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sie politisch motivierte Straftaten von erheblicher Bedeutung, begehen werden. - Thomas de Maizière

die Gesellschaft weiter gespalten - also entsolidarisiert - wird und somit sich der Rassismus verschärft.

Das Beispiel zeigt, dass dem Verbot einer Bewegung Repressionen und Zuschreibungen folgen um das gesellschaftliche Bewusstsein zu manipulieren. So hat die heute zunehmend geschürte Terrorismusangst das Ziel ein angstbesetztes gesellschaftspsychologisch Klima zu schaffen. Dies wird genutzt um bestehenden Gesetze zu verschärfen und den Handlungsspielraum von Behörden zu erweitern. Der Repressionsapparat des deutschen Staates wird zunehmend professionalisiert und ausgebaut. So folgt die Bundesregierung dem Prinzip des „ganzheitlichen Ansatzes der Terrorismusbekämpfung“, dabei stehen verschiedenste Behörden in Zusammenarbeit, wie zum Beispiel Ausländerbehörden, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF),.. wobei Erkenntnisse an das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum²⁴ in Berlin geleitet werden. Gesammelte Informationen werden in die Anti-Terror-Datei gespeist und den beteiligten Behörden zugänglich gemacht bzw. verbündeten Staaten (siehe oben rechtliche Einordnung).

Durch das Verbot der PKK wurde ebenso die gesamte kurdische Freiheitsbewegung kriminalisiert. Es gibt eine hohe Repression gegen kurdische Kulturvereine (siehe unbegründete Razzien in Hannover und co.) und gegen die der öffentliche Strukturen der kurdischen Bewegung. Einen starken Fokus legt der Staat hierbei auch Jugendliche AktivistInnen, die sich politisch engagieren und mit der Bewegung sympathisieren. Hier werden alle politischen, sozialen und kulturellen kurdischen Aktivitäten und Organisationen direkt vom Verfassungsschutz überwacht und somit kriminalisiert (legitimer Verband der Studierenden Kurdistan YXK e.V. ist ebenfalls unter unbegründeter Beobachtung).

Der Grad der Repression gegenüber der kurdischen Befreiungsbewegung hängt von Faktoren ab, die weitgehend unabhängig von dem Verhalten der KurdInnen in Deutschland ist. Die Verschärfung von Repressionen in der Türkei gegen die kurdische Befreiungsbewegung folgt meist eine Verschärfung der Verfolgung der kurdischen Bewegung in Deutschland. Diese verlaufen parallel. Diese Parallelität ist auch paradox, so fanden mit dem Verbot der PKK 1993 parallel in der Türkei Friedensgespräche statt oder mit Einführung des §129b vollzog sich in der PKK der Paradigmawechsel. In unseren Analysen und Bewertungen gilt es die Repressionen innerhalb Deutschlands gegen uns als Reaktion auf die Situation in der Türkei zu interpretieren.

²⁴Zusammenarbeit von 40 Behörden, darunter Bundeskriminalamt, Bundesamt für Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst, Bundesanwaltschaft, alle Landeskriminalämter und sämtliche Landesbehörden für Verfassungsschutz

Die aktuelle Situation in der Heimat stellt für uns ein möglichen Legitimationsverlust dar. So gefährdet der Einmarsch der türkischen Armee in Nordsyrien als erstes das Projekt des demokratischen Konföderalismus, und stellt auch für uns hier einen gefährlichen Prozess dar. Wenn die Volksverteidigungseinheiten (YPG, YPJ), sowie die Partei der Demokratischen Union (PYD) ihre Legitimation verlieren, fällt ein großer Legitimationsrahmen für uns hier in Deutschland ebenfalls weg. Es wäre nur ein Schritt die Ciwanên Azad und damit uns die YXK zu verbieten.

Der beginnende Legitimationsverlust zeigt sich in der Medienzensurkampagne der Türkei, die bereits Europa erreicht. Der Fernsehsender MedNuce TV wird gestoppt und kriminalisiert. So hat das Französische Satellitenunternehmen Eutelsat die Forderung des türkischen Staates, welcher seinerseits erst am 29. September gegen kurdische und oppositionelle Fernsehsender ein Ausstrahlungsverbot verhängte, in die Tat umgesetzt. Med Nuce ist bekannt für Sondersendungen wie beispielsweise die Kampagne für die Familienpatenschaften für die Menschen, die im Zuge der Zerstörung durch Ausgangssperren in Nordkurdistan ihre Wohnungen und Häuser verloren hatten. Es ist eine Zensur großen Ausmaßes. Wo hier demokratische Werte und Presse und Medienfreiheit propagiert werden, lenkt man die kurdischen Medien bewusst in die Kriminalität. Ein Reporter ohne Grenzen kritisierte den aus seiner Sicht vorausseilenden Gehorsam Eutelsats gegenüber der türkischen Regierung: „Wir haben hier ein Regime [Türkei], das sehr weit in der Behinderung von Journalisten und darin gegangen ist, den freien Austausch von Ideen zu unterbinden. Wenn dann eine Firma auf solch ein Regime hört und TV-Kanäle abschaltet, obwohl diese sich nicht einmal direkt gegen die türkischen Bürger richten, dann ist das sehr problematisch.“

Im Grunde müssen wir uns bewusst machen, dass unsere Bewegung die moralischen Grundlagen des kapitalistischen Systems kritisiert. Im ersten Schritt, wenn wir uns aufdrängen werden wir marginalisiert werden, wenn wir ungemütlich werden, werden sie uns als Spalter und Terroristen brandmarken. Diese Stigmatisierungen gilt es aber von uns auszuhalten und zeigen uns, dass wir erste Schritte zur Freiheit, erste Schritte zu einer alternativen Gesellschaft unternehmen. Die Schaffung einer Terrorwahrnehmung und die Verängstigung der Gesellschaft hier in Deutschland gelingen dem System durch vielfältige Methoden.

Solange die Hintergründe des Widerstands der PKK und der KurdInnen vertuscht werden, solange das systematische Unrecht der türkischen Regierungen

geleugnet und die PKK als terroristisch und kriminell gebrandmarkt wird, so lange muss der Umgang mit dem Konflikt und der sich damit befassenden Politik absurd bleiben.

6 Quellen

- Brauns N. und Kiechle, B. (2010). *PKK - Perspektiven des kurdischen Freiheitskampfes: Zwischen Selbstbestimmung, EU und Islam*. Schmetterling Verlag.
- Civaka Azad (2015). *Die aktuelle Debatte um das PKK-Verbot (8. Ausgabe)*. URL: http://civaka-azad.org/wp-content/uploads/2015/02/Infoblaetter_PKK-Verbot.pdf.
- AG Friedensforschung (2015). *Die Würde der Kurdinnen und Kurden in der BRD von Devris Cimen*. URL: <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Deutschland1/pkk3.html>.
- Szatkowski, T. (2016). *Die Bundesrepublik Deutschland und die Türkei 1978 bis 1983*. De Gruyter Oldenbourg.